

Von: **Reiko Beil**  
Betreff: Veranstaltung am 19.06.2015 in Freital  
Datum: 22. Juni 2015 17:56  
An: Braehmig Klaus Wahlkreis

RB

Sehr geehrter Herr Brähmig,

in Anbindung an die von Ihnen organisierte Bürgerveranstaltung am 19.06.2015 in Freital im Beisein des Bundesinnenministers erlauben wir uns nachfolgendes mitzuteilen.

Wir empfanden es als bürgernah und unter Beachtung der aufgeheizten Gesamtstimmungslage zum Thema Asyl auch als mutig, dass Sie gemeinsam mit dem Bundesinnenminister den interessierten und kritischen Bürgerinnen und Bürgern direkt an der Basis Rede und Antwort gestanden haben.

Leider wurde einmal mehr die Problematik ersichtlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger eine andere Erwartungshaltung in eine derartige Veranstaltung setzen und dies zu gewissen Irritationen führt.

Unabhängig davon bleibt Ihnen und dem Bundesinnenminister von unserer Seite zu danken.

Die Antwort der Initiative seitig eingebrachte Frage zum Thema Arbeitsplätze für mit einem Bleiberecht ausgestattete Flüchtlinge war allerdings nicht zufrieden stellend.

Die Ausführung des Bundesinnenministers, dass es sich bei den über die Flüchtlingsströme ins Land kommenden Menschen vorwiegend um Fachkräfte handelt, widerspricht der öffentlichen Wahrnehmung und den Ausführungen Ihrer Kollegen der sächsischen Landtagsfraktion. Laut dortiger Aussage, ist der Bildungsstand der ins Land kommenden Menschen vorwiegend als minimal einzustufen.

Setzt man die Erlernung der deutschen Sprache als in kurzer Zeit tatsächlich umsetzbar an, ist in Folge eine Integration dieser Menschen in den mit Fachkräftemangel tangierten Bereichen unserer Wirtschaft ohne Ausbildung also nicht möglich.

Da es illusorisch sein dürfte, die vor allem erwachsenen Flüchtlinge alle einer qualifizierten Ausbildung zu zuführen, bevor Sie in den beruflichen Alltag integriert werden können, ergibt sich automatisch ein stetiger Zulauf des Arbeitsmarktes an nicht ausgebildeten Arbeitskräften.

Bekannt ist, dass Flüchtlinge mit einem Bleiberecht dringend unter Lohn und Brot gebracht werden müssen, um das Abgleiten in Parallelgesellschaften zu vermeiden und den sozialen Frieden in unserem Land nicht noch weiter zu strapazieren.

In diesem Zusammenhang lag unsere eigentliche Fragestellung.

Wir sehen Probleme darin, dass demnächst rund 1 Million mit einem Bleiberecht ausgestattete Personen, welche letztendlich bis Ende des Jahres kumuliert aus den erwarteten Zuläufen des laufenden Jahres unter gleichzeitiger Hinzurechnung der Vorjahreszahlen, das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland tangieren werden, einerseits integriert werden sollen und andererseits keine planbare Unterlegung für eine Zuführung in den Arbeitsmarkt besteht.

Aus unserer Sicht ist es dringend erforderlich, unter den gegebenen Umständen, das Mindestlohngesetz befristet wieder außer Kraft zu setzen. Die geplante Arbeitsmarktzuführung über 1,00 Euro Jobs dürfte das falsche Signal sein, da aus der Vergangenheit bekannt ist, dass diese Beschaffungsmaßnahmen kurzfristig massiv mit der Wirtschaft konkurrieren werden. Unter der Berücksichtigung des Mindestlohnes sind entsprechende Spannungen vorprogrammiert.

Noch problematischer wäre eine Arbeitsmarktzuführung dieser Menschen als schwer vermittelbare Arbeitssuchende mit der Unterlegung von Eingliederungszuschüssen. Auch dieser Schuss dürfte nach hinten losgehen, da ein derartiges Agieren ungewollte Effekte im gesamten Wettbewerbsgefüge schafft.

Zur Integration gehört neben der dezentralen Unterbringung und einem schnellen Erlernen der deutschen Sprache dringend ein Plan, wie diese Menschen ihrem Ausbildungsstand entsprechend in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können.

Aus unserer Sicht reichen die jetzigen Bemühungen nicht aus, denn an dieser Stelle tickt die tatsächliche soziale Zeitbombe.

Wir sehen die Aussetzung des Mindestlohngesetzes als aktuell einzige Alternative an, um den Arbeitsmarkt für diese Menschen zu öffnen und eine zeitnahe Integration zu ermöglichen, auch wenn ein negatives Lohngefälle auf Grund des etwaig niedrigeren Ausbildungsstandes nicht erwünschter Nebeneffekt ist.

Wir würden uns freuen, wenn Sie diese Problematik mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten aufgreifen.

Abschließend erlauben wir uns Sie daran zu erinnern, dass die Terminvergabe zur Fortsetzung des Gespräches in Bezug auf eine Modifizierung des repräsentativen Demokratiegefüges noch aussteht. Hier würden wir uns über eine entsprechende Rückantwort freuen.

Da sich Ihre nächste Veranstaltung am 24.06.2015 mit einer Einladung Ihres Kollegen Arnold Vaatz überschneidet wären wir zusätzlich dafür dankbar, wenn Sie uns für Folgeveranstaltungen fortlaufend in Ihren Verteiler aufnehmen.

Vorerst verbleiben wir in der Hoffnung, bald wieder von Ihnen zu hören

Mit freundlichen Grüßen

Reiko Beil

*Initiative Dialog-2015*